

BMI

Schwung für Digitale Identitäten

[14.11.2024] Aus der Arbeitsgruppe GovLabDE Digitale Identitäten wird der Interministerielle Ausschuss Digitale Identitäten (IMA DI). Ziel ist die ressortübergreifende Weiterentwicklung digitaler Identitäten, auch im Hinblick auf die Umsetzung der eIDAS-Verordnung bis 2027.

Digitale Identitäten sind eine wichtige Voraussetzung für die Digitalisierung der Verwaltung und Justiz wie auch der Wirtschaft. Deren Weiterentwicklung erfordere – insbesondere angesichts des engen Zeitplans zur Umsetzung der novellierten eIDAS-Verordnung – eine langfristige Zusammenarbeit, so das Bundesinnenministerium auf seiner [Infowebseite zur Verwaltungsdigitalisierung](#). Deshalb soll nun die bisherige Arbeitsgruppe GovLabDE Digitale Identitäten in den Interministeriellen Ausschuss Digitale Identitäten (IMA DI) umgewidmet werden.

Diesem Schritt gingen Erweiterungen durch zusätzliche Bundesressorts voraus: Neben den bisher beteiligten Häusern – BMI, Bundeskanzleramt (BKAm), Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV), Bundesministerium für Wirtschaft und Klima (BMWK), Bundesfinanzministerium (BMF) und Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) – wurden nun auch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), das Bundesgesundheitsministerium (BMG) und das Bundesjustizministerium (BMJ) fest in das Vorhaben integriert. Die Leitung des IMA DI liegt weiterhin beim BMI.

Zentraler Ort für Digitale Identitäten

Im Rahmen der novellierten eIDAS-Verordnung ist die Bundesregierung bis 2027 unter anderem verpflichtet, EUDI-Wallets für Bürgerinnen und Bürger sowie Organisationswallets für juristische Personen wie Unternehmen und andere Organisationen bereitzustellen. Die Entwicklung einer prototypischen Infrastruktur für deutsche EUDI-Wallets, die EU-weit interoperabel ist, wird vom BMI und der Bundesagentur für Sprunginnovation (SPRIND) im dazugehörigen Architektur- und Konsultationsprozess für EUDI-Wallets verantwortet und soll durch den Austausch zwischen den Häusern des IMA DI ergänzt werden. Dadurch soll es möglich werden, Fortschritte und Abhängigkeiten im IMA DI fortlaufend zu bewerten. Zudem werden derzeit Lösungen für Organisationsidentitäten und eine Organisationswallet konzipiert sowie notwendige Anpassungen im nationalen Rechtsrahmen im Zuge der novellierten eIDAS-Verordnung identifiziert und ressortübergreifend abgestimmt.

IMA DI knüpft an erfolgreiche Arbeit an

Die ressortübergreifende Arbeitsgruppe des GovLabDE DI hat zur Weiterentwicklung des Ökosystems der Digitalen Identitäten beigetragen, so das BMI. Die Einführung neuer Anwendungsfälle für den Online-Ausweis und die daraus resultierende Steigerung der Nutzungszahlen seien Zeichen für die zunehmende Akzeptanz des Online-Ausweises bei Bürgerinnen und Bürgern. Im laufenden Jahr 2024 (Stand: Januar bis September) sind laut Angaben des Ministeriums über 16,68 Millionen Transaktionen getätigt worden – höhere Nutzungszahlen als im gesamten Jahr 2023 (rund 14 Millionen Transaktionen).

Weitere Ergebnisse der Zusammenarbeit in der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe GovLabDE DI sind unter anderem die Einführung des First-Level-Supports für BundID und Online-Ausweis, die Erhöhung der eID-Serverkapazitäten, der [Relaunch der AusweisApp im November 2023](#) und die Identifikation von Optimierungspotenzialen für Diensteanbieter, die den Online-Ausweis in ihre Services einbinden möchten.

(sib)

- Infoseite zum Interministeriellen Ausschuss Digitale Identitäten (IMA DI)

Stichwörter: Digitale Identität, BMI, Politik